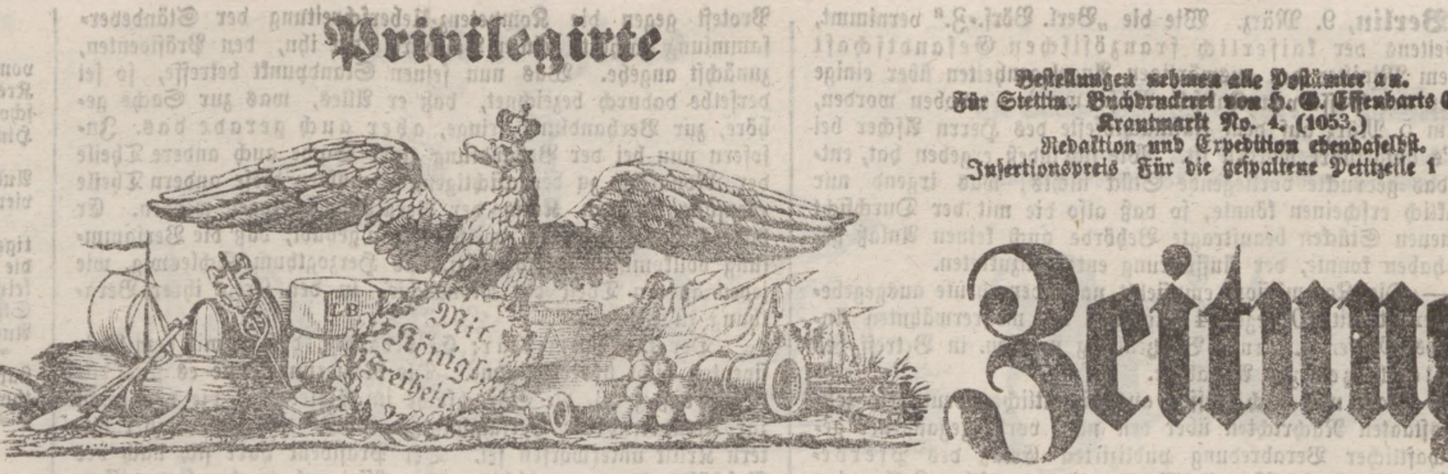
Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Privilegirte

Stettiner Zeitung



Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

No. 116. Abend-Ausgabe. Donnerstag den 10. März 1859.

Deutschland.

Berlin, 9. März. Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: dem Schloßhauptmann von Rheinsberg, Major a. D. Grafen von Königsmarck, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem kaiserlich russischen Kollegien-Rath Dr. Heyfelder zu St. Petersburg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Erbsassen Gottlieb Giesche zu Breslau und dem Kreisboten Peter Kaspar Neuhaus zu Hagen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Kammerherrn Grafen von Burghaus auf Laasan, auf Grund der von neuem auf ihn gefallenen Wahl, wiederum als General-Direktor der schlesischen Landschaft für den sechsjährigen Zeitraum von Weihnachten 1858 bis dahin 1864 zu bestätigen; und die Kreisrichter Lerche zu Löwenberg, von Müller zu Rothenburg, Schüler zu Bunzlau, Hertel zu Glogau zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen.

Berlin, 9. März. Die k. Staatsregierung hat folgende das Verbot der Pferdeausfuhr betreffende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund des §. 3 des Zollgesetzes vom 23. Januar 1838 (Gesetz-Sammlung Seite 34) und in Folge besonderer Allerhöchster Ermächtigung vom 2. d. M. wird hiermit vom 10. d. M. ab bis auf Weiteres die Ausfuhr von Pferden über die äußere Zollgrenze (gegen das Zollvereins-Ausland) für den ganzen Umfang des Staats und nach jeder Richtung hin, unter Hinweisung auf die im §. 1 des Zollstrafgesetzes vom 23. Januar 1838 (Gesetz-Sammlung Seite 78) angedrohten Strafen, verboten.

Berlin, den 7. März 1859.

Der Minister des Innern. Flottwell. — Der Finanz-Minister. v. Patow.

— Im Hause der Abgeordneten machte heute das Ministerium Mittheilungen über die politische Lage. Sämmtliche Minister waren zugegen. Das diplomatische Korps war zahlreich vertreten. Nach einigen einleitenden Worten des Fürsten von Hohenzollern theilte der Finanzminister mit: Seit Anfang dieses Monats haben bedeutende Ankäufe auf eine beträchtliche Pferdeausfuhr aus dem Zollvereine als bevorstehend schließen lassen; die Regierung habe am 2. mit Allerhöchster Genehmigung ein gemeinsames Pferdeausfuhr-Verbot bei den Zollvereins-Regierungen beantragt; mit Ausnahme der luxemburgischen Regierung, deren Entscheidung noch zu erwarten sei, haben alle Regierungen zugestimmt; in Baiern sei das Verbot am 5., in Würtemberg am 7. in Kraft getreten; von morgen (10.) ab trete es an allen Grenzen in Wirksamkeit; die Regierung glaube im Sinne der Landesvertretung gehandelt zu haben. (Allseitiges Bravo.)

Minister des Auswärtigen v. Schleinitz: „Inmitten der Aufregung, welche in den übrigen Theilen Deutschlands sich während der letzten Wochen kundgab, hat die preußische Landesvertretung eine Haltung bewahrt, welche ihr ein Anrecht auf den Dank der Regierung, wie auf den des gesammten Landes sichert. In dieser maßvollen Haltung, Angesichts der allgemeinen Erregtheit der Gemüther, wird die Nation mit gerechtem Stolze das beredteste Zeugniß jenes politischen Taktes und jener weisen Umsicht erkennen, wie sie einer Versammlung anstehen, welche berufen ist, die Interessen eines großen Landes zu vertreten. Die Regierung aber begrüßt in ihr ein ihr theures Pfand des Vertrauens, durch welches sie sich gestärkt fühlt bei der Erfüllung des ihr obliegenden schweren Berufes. — Sie glaubt gegenwärtig den Augenblick gekommen, wo es ihr gestattet ist, der Landesvertretung in allgemeinen Zügen, und so weit es die zarte Natur des Gegenstandes überhaupt zuläßt, den Standpunkt darzulegen, welchen sie der so plötzlich in den Vordergrund getretenen politischen Tagesfrage gegenüber einnimmt. Die Besorgnisse, welche der gegenwärtige Stand der europäischen Verhältnisse einflößt, lassen sich nicht erschöpfend auf einzelne scharf präzisirte Fragen zurückführen. Sie entspringen vielmehr der tiefen Verstimmung, welche seit einiger Zeit zwischen einzelnen Mächten sich erzeugt, und in einer Reihe sprechender Thatsachen sich kundgegeben hat. Angesichts einer solchen Lage der Verhältnisse konnte die Regierung nicht einen Augenblick im Zweifel sein über die Aufgabe, welche Preußen sich zu stellen hat. Den europäischen Verträgen die ihnen gebührende Achtung, dem Bestehenden seine Geltung und damit dem Welttheil den Frieden zu bewahren — das allein konnte das Ziel sein, welches die Regierung Preußens mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu erstreben bemüht sein mußte. Nach keiner Seite hin durch spezielle Verpflichtungen gebunden, und mit den nächstbetheiligten Mächten in den freundlichsten Beziehungen, befindet sich die preußische Regierung in der günstigen Lage, nach beiden Seiten hin mit derselben Unbefangenheit und mit demselben Nachdrucke ihren auf Versöhnung und Ausgleichung gerichteten Rath in vollem Umfange geltend zu machen. — Von gleichen Motiven, wie von gleichen Zielpunkten geleitet, haben sich mit den Bemühungen Preußens, die Bestrebungen des ihm innig befreundeten Englands vereinigt, und wie bisher, so auch heute, geben beide Kabinette sich der, während der letzten Tage noch wesentlich gesteigerten Hoffnung hin, daß ihren gemeinsamen Bemühungen der erstrebte Erfolg sich nicht entziehen werde. Ueber diese Bemühungen, als europäische Macht, eine bedeutungsschwere europäische Verwickelung lösen zu helfen, wird aber Preußen niemals seines deutschen Berufes vergessen. Wie die preußische Regierung sich der gewissenhaftesten Achtung vor den europäischen Verträgen und vor dem auf diesen letztern beruhenden europäischen Rechtszustande bewußt ist, so ist sie in gleichem Maße von der Ueberzeugung getragen, daß die Politik Preußens, soll sie dem hohen Berufe unseres Landes entsprechen, stets eine nationale sein muß. Jedes wahrhaft deutsche Interesse wird stets in Preußen seinen wärmsten Vertreter finden und überall, wo es die Aufrechthaltung des Rechtes, der Ehre und der Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes gilt, wird Preußen nicht einen Augenblick anstehen, für diese höchsten Güter das Gewicht seiner gesammten Kraft in die Waagschaale zu legen. Indem die Regierung sich auf diesen Standpunkt gestellt, und indem sie in der gegenwärtigen Verwickelung dem wahren Interesse Deutschlands am Wirksamsten dadurch gedient hat, daß sie den ganzen Einfluß Preußens, als europäische Macht, auf die Ausgleichung der bestehenden Differenzen richtete, weiß sie sich in voller Uebereinstimmung und Gemeinschaft mit dem Lande und dessen Vertretung, und von diesem Bewußtsein getragen, sieht sie mit Ruhe, aber zugleich mit festen Entschlüssen Allem entgegen, was die Zukunft bringen wird. Denn was auch diese Zukunft bringen mag, sie wird stets und unter allen Verhältnissen das alte Preußen an der Stelle und treu der Aufgabe finden, welche die göttliche Vorsehung ihm mit sichtbarer Hand angewiesen hat."

Die Rede des Ministers wurde vielfach vom Beifall des Hauses unterbrochen, namentlich an den Stellen, wo die Bemühungen der Regierung um Erhaltung des Friedens, die Kooperation Englands, der nationale Beruf Preußens erwähnt wurden.

Hierauf sprach der Präsident Graf Schwerin: „Meine Herren! Erachten Sie es nicht für einen Mißbrauch der Stellung, die ich in diesem Hause einnehme, wenn ich mir erlaube, in einem Momente, wo ich glaube, daß das ganze Haus eines Sinnes, von einem Gefühle beseelt ist, dieser einmüthigen Stimmung Worte zu geben. Das Haus hat mit großer Befriedigung die Eröffnungen entgegen genommen, die es so eben von der Ministerbank empfangen hat und ich glaube, es hat alle Ursache, der Staatsregierung dafür seinen Dank darzubringen und auszusprechen, daß es das Vertrauen hegt, daß die fernere Leitung der Angelegenheit auch in demselben Sinne geschehe. (Bravo.) Wenn die Staatsregierung nach der einen Seite hin ihr ganzes Gewicht als europäische Macht in die Waagschale gelegt hat, um dem Lande und Europa die Segnungen des Friedens zu erhalten, deren vollen und ganzen Werth die Völker in dem Maaße mehr empfinden, als die Gefahr des Verlustes desselben ihnen nahe tritt, hat sie auf der andern Seite auch mit Festigkeit die Eventualitäten ins Auge gefaßt, die sich für Preußen für den Fall ergeben würden, daß dieser Friede gebrochen werden würde. Die Interessen Preußens, die niemals von dem Rechte, der Ehre und den Interessen des gesammten deutschen Vaterlandes getrennt gedacht werden dürfen, die Pflichten, die Preußen als Mitglied des deutschen Bundes zu erfüllen, so wie die Rücksichten, die es auf sich zu nehmen hat in seiner Stellung als europäische Großmacht, haben gleichmäßige Berücksichtigung bei der Regierung gefunden. Wenn die Regierung mit Ruhe und Festigkeit, mit Energie und Beharrlichkeit auf dieser Bahn fortschreitend, den Ereignissen entgegengeht, mögen sie, wie zu hoffen ist, den Frieden verbürgen, möge, wie tief zu beklagen wäre, der Friede gebrochen werden, dann meine Herren, ich spreche es mit Zuversicht aus, darf sie nicht nur auf die Unterstützung und die bereitwillige Zustimmung dieses Hauses, nein, auf die Zustimmung des ganzen Landes und auf seine thatkräftige Hülfe, wenn es erforderlich sein sollte, mit Sicherheit rechnen. (Bravo!) Deuten Sie mir, meine Herren, an, daß ich auch Ihren Sinn in dieser Beziehung ausgesprochen habe." — Auf diese Worte erhob sich die ganze Versammlung zum Zeichen der Beistimmung.

Zur Tagesordnung übergehend, erfolgt nun der Bericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats.

Bei dem Etat der Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungs-Debits-Verwaltung rügt Hr. Reichensperger (Köln) die Beibehaltung des Bestellgeldes der Briefe, da dasselbe gerade den kleinen Mann treffe.

Der Handelsminister: Es ist der Wunsch der Staats-Regierung, wie der Postverwaltung, das Bestellgeld aufzugeben, sobald die Finanzlage es erlaube. Zur Zeit trägt das Bestellgeld 500,000 Thlr. ein. Die Staatsregierung hofft bald in der Lage zu sein, das Bestellgeld aufheben zu können und den Ausfall auf andere Weise zu decken.

Die Kommission hat beantragt, die Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post im gesetzlichen Wege zu regeln.

Der Kommissions-Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Bei dem Titel „persönliche Verwaltungskosten" hat die Kommission sich für die Vereinigung mehrerer Oberpost-Direktions-Bezirke unter einer Oberpost-Direktion, namentlich bei kleineren Oberpost-Direktionen ausgesprochen.

Hr. v. Vincke (Hagen) hat das Amendement gestellt: die Erwartung auszusprechen, daß die Zahl der Oberpost-Direktionen möglichst so beschränkt werden wird, daß für jede Provinz nur eine Oberpost-Direktion bestehen bleibe; derselbe spricht für sein Amendement im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung; auch sei es gerade im Interesse des persönlichen Verkehrs der Oberpost-Direktion mit dem Ober-Präsidenten, daß erstere am Sitze des Ober-Präsidenten sich befinde.

Der Handelsminister: Nach reiflicher Erwägung habe die Regierung die Oberpost-Direktionen mit den Sitzen der Regierungs-Kollegien verbunden, eine Einrichtung, die sich glänzend bewährt habe. Nur die Oberpost-Direktion zu Halle mache eine Ausnahme, indem dort keine Regierung sich befinde. Die Ober-Post-Direktionen zu Stralsund und Erfurt seien von höchster Wichtigkeit. Deshalb könne die Regierung von der Decentralisation der Oberpost-Direktionen nicht abgehen; ein anderes Verfahren würde die Aufsicht erschweren, und Ersparung nicht herbeiführen.

(Vice-Präsident Reichensperger übernimmt den Vorsitz.)

Hr. v. Vincke (Hagen): Wären statt 26 nur 8 Oberpost-Direktoren, so würden die Gehälter von 18 Oberpost-Direktoren erspart werden; insofern irrt der Herr Minister, wenn er nicht annimmt, daß durch Abschaffung einiger Oberpost-Direktoren gespart wird. Was nun die Regierungen anbetrifft, so wäre es wünschenswerth, auch einige Regierungen abzuschaffen, namentlich die Regierung von Stralsund auf den Aussterbe-Etat zu stellen. (Gelächter.)

Das v. Vincke'sche Amendement wird darauf mit geringer Majorität angenommen. (Dagegen: die Fraktionen der linken Seite, das Centrum, die Minister und einige Mitglieder der Rechten, wie v. Bonin.

Hierauf wird der Etat der Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungsdebitsverwaltung dem Kommissionsantrage gemäß mit 9 Mill. 732,455 Thlr. genehmigt; ebenso die Etats der Telegraphen-Verwaltung, der k. Porzellan-Manufaktur und der Gesundheitsgeschirr-Manufaktur. (Schluß folgt.)

— Das Herrenhaus war heute Mittag 12 Uhr ebenfalls zur Entgegennahme von Mittheilungen der königl. Staatsregierung zu einer kurzen Sitzung versammelt. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten Seitens des Präsidenten, Prinzen zu Hohenlohe, ergriff der Ministerpräsident, Fürst von Hohenzollern, das Wort und erklärte: die Regierung halte es für angemessen, bei der gegenwärtigen politischen Lage der Landesvertretung Mittheilungen über ihr Verhalten und über die Ziele, die sie durch ihr Handeln zu erreichen strebe, zu machen. Die sodann von dem Finanzminister Freiherrn von Patow über das erlassene Pferde-Ausfuhrverbot und von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhrn. v. Schleinitz, über die gegenwärtige Situation abgegebenen Erklärungen waren mit den kurz zuvor im Hause der Abgeordneten gegebenen gleichlautend. Die Rede des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten wurde zu wiederholten Malen durch laute Akklamationen Seitens des Hauses unterbrochen. Nachdem die Minister ihre Erklärungen abgegeben hatten, ergriff der Prinz zu Hohenlohe das Wort. Die alte preußische Gesinnung, sagte er, habe sich auch in diesen Zeiten wieder zum Besten des Vaterlandes bei der Regierung, wie beim Volke auf das Herrlichste bewährt, und wohl gezieme es sich, dessen eingedenk zu sein, daß diese Gesinnung wurzele in dem edlen Geschlecht der Hohenzollern. Um dem Prinz-Regenten für diese, wie immer, so auch jetzt bewährte altpreußische Gesinnung den Dank der Landesvertretung zu bezeigen, fordere er die Versammlung auf, sich von ihren Sitzen zu erheben. Dies geschieht. — Sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Kultusministers, der im Abgeordnetenhause beschäftigt war, waren anwesend, in der Hofloge wohnten der Prinz Friedrich Wilhelm und der Großherzog von Weimar der Sitzung bei; die Diplomatenloge war sehr gefüllt.

Berlin, 9. März. Wie die „Berl. Börs.-Z." vernimmt, ist Seitens der kaiserlich französischen Gesandtschaft bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten über einige Stellen der Posse von Kalisch Beschwerde erhoben worden, die am 5. März auf dem Fastnachtsfeste des Herrn Ascher bei Kroll's aufgeführt worden ist. Wie sich indeß ergeben hat, enthält das gedruckte vorliegende Stück nichts, was irgend nur bedenklich erscheinen könnte, so daß also die mit der Durchsicht von neuen Stücken beauftragte Behörde auch keinen Anlaß gehabt haben konnte, der Aufführung entgegenzutreten.

— Die Kommission empfiehlt nach dem heute ausgegebenen Bericht mit 10 gegen 4 Stimmen den mehrerwähnten Antrag des Grafen v. Arnim-Boytzenburg u. Gen. in Betreff des Staatsschatzes zur Annahme.

— Nach und nach treffen aus sämmtlichen deutschen Zollvereinsstaaten Nachrichten über den nach vorhergegangener gemeinschaftlicher Verabredung publizirten Erlaß des Pferde-Ausfuhrverbots für alle Grenzen des deutschen Zollvereins hier ein.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich ist, wie uns mitgetheilt wird, von seinem Unwohlsein fast ganz wiederhergestellt, so daß Höchstderselbe bald wieder das Zimmer wird verlassen können.

— Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha wohnte der gestrigen Versammlung des Akklimatisations-Vereins bei und hielt in derselben einen Vortrag über: „Existiren in Preußen Pferde-Racen?" eine Frage, die von Sr. Hoheit verneint wurde.

— Eine der schönsten Denkmünzen, die wir gesehen, ist die auf Veranlassung JJ. kk. HH. des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm auf die Geburt Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm Victor Albert kurzlich geprägte. (Sp. Z.)

— Wie das Gerücht wissen will, wird der Graf von Paris in die preußische Armee eintreten, um den Militair-Dienst praktisch kennen zu lernen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin soll bei seiner letzten Anwesenheit am hiesigen Hofe diese Angelegenheit vermittelt haben. Wie hinzugefügt wird, stehen der Erfüllung des Wunsches des Grafen von Paris keinerlei diplomatische Schwierigkeiten entgegen, und wird Se. k. Hoheit dem 1. Garde-Regiment zu Fuß attachirt werden.

— Oesterreichs Zugeständnisse in Folge der Cowley'schen Mission gehen nach der in diplomatischen Kreisen beglaubigten Annahme dahin, daß es 1) in eine gemeinschaftliche Regelung der Räumung des Kirchenstaates einwilligt, mit Ausnahme von Ferrara und der andern durch die Verträge von 1815 ihm zugewiesenen Besatzungen; 2) in eine Prüfung der Spezial-Verträge mit Modena und Parma; 3) in der Verwendung seiner guten Dienste, um den betreffenden Staaten innere Reformen anzurathen und den etwaigen von anderen Mächten in dieser Richtung gegebenen Rath zu unterstützen. Zu beachten ist, daß es sich vorerst nur um eine Prüfung der Spezial-Verträge handelt, die den Zusammentritt einer Konferenz andeutet.

† **Berlin**, 10. März. Die von Sr. königl. Hoh. dem Prinz-Regenten kürzlich erlassene Amnestie bezieht sich auf alle diejenigen, welche wider den §. 101 des Strafgesetzbuches gefehlt haben, ferner auf Hochverräther, Tumultuanten und wegen ähnlicher Vergehen Bestrafte. Ausgeschlossen sind alle die, welche sich wegen Majestätsbeleidigung in Haft befinden. Jedoch soll nur über diejenigen von den Gerichten zum Zweck ihrer Amnestirung berichtet werden, über welche bereits rechtskräftig erkannt ist, und die ihre Strafe schon angetreten haben. Es sind daher die politischen Flüchtlinge ausgeschlossen, welche vor Antretung ihrer Strafe aus dem Lande entflohen sind.

Hamburg, 9. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Itzehoe hat heute die Ständeversammlung sämmtliche Anträge des Verfassungsausschusses angenommen.

Itzehoe, 8. März. Da ich gestern nur einen summarischen Bericht über die Ständeversammlung, welche der Vorberathung über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses gewidmet war, abschicken konnte, so lasse ich heut die Ergänzung desselben folgen:

Der k. Kommissar: Der Hauptgedanke des Verfassungs-Ausschuß-Berichts sei die Gesammt-Repräsentation durch die vier Versammlungen und den König. Der Ausschuß glaube, daß dies mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 zu vereinigen; das könne nicht zugegeben werden. Sei das Wesen einer Repräsentation ein gemeinschaftliches, so müsse auch die ganze Vertretung eine gemeinschaftliche sein. Der Ausschuß stelle den Grundsatz auf, daß Selbstständigkeit und Gleichberechtigung durch Abstimmung in Kurien erreicht werden. In diesem Sinne sei von Selbstständigkeit und Gleichberechtigung in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 nicht die Rede; der Standpunkt derselben sei die Einheit der Monarchie, dieser Standpunkt sei bisher festgehalten worden, und es könne daher nicht, wie der Ausschuß es thue, von „einzelnen Ländern" die Rede sein. Der Ausschuß sei nicht berechtigt, das Herzogthum Holstein einen Staat zu nennen; es sei nur ein Landestheil. Stelle man sich auf den Standpunkt des Ausschusses, so könne, wie das Wort Gleichberechtigung gebraucht worden, nur ein Zustand als möglich gedacht werden, wo der Gegensatz der Interessen mehr hervortreten und eine Stockung der ganzen Gesetzgebung die Folge sein werde. Was das Verhalten der Versammlung in Bezug auf das Herzogthum Schleswig, in welcher Hinsicht sogar Anträge gestellt worden, betreffe, so liege das außerhalb der Kompetenz der Stände. Es sei klar, daß solches Verfahren eine Verständigung unmöglich mache. Endlich müsse er sich noch über das Recht der Beschlußnahme, welches die Versammlung für gemeinschaftliche Zwecke in Anspruch nehme, ein paar Worte erlauben. Die Grundlage der Kompetenz der Ständeversammlung sei die holsteinische Verfassung von 1854. Danach könnten die Stände nur beschließen in holsteinischen Angelegenheiten, nicht aber in allgemeinen.

Der Präsident: Der von dem k. Kommissar erhobene Protest gegen die Kompetenz-Ueberschreitung der Ständeversammlung enthalte einen Vorwurf, der ihn, den Präsidenten, zunächst angehe. Was nun seinen Standpunkt betreffe, so sei derselbe dadurch bezeichnet, daß er Alles, was zur Sache gehöre, zur Verhandlung bringe, aber auch gerade das. Insofern nun bei der Behandlung einer Sache auch andere Theile der Monarchie zu berücksichtigen, so müßten diese andern Theile ebenfalls in den Kreis der Berathung gezogen werden. Er habe keinen Augenblick Zweifel daran gehabt, daß die Versammlung vollkommen berechtigt sei, das Herzogthum Schleswig, wie jeden andern Theil der Monarchie, in den Kreis ihrer Berathung zu ziehen.

Der k. Kommissar: Er bedauere, daß er mit dem Präsidenten nicht übereinstimme. Die Regierung könne es nicht billigen, daß z. B. die Sprachsache in Schleswig, die doch nicht zur Kompetenz der Versammlung gehöre, von dieser einer bittern Kritik unterworfen sei. Der Präsident habe sich nach der Geschäftsordnung zu richten, der müsse auch er, der Kommissar, sich unterwerfen, so viel müsse er indeß hinzufügen, daß er an Verhandlungen über innere schleswigsche Angelegenheiten nicht theilnehmen werde.

Rötger sprach zu Gunsten des Ausschußberichts, ebenso Graf Reventlou-Jersbeck.

Reinke ersuchte den k. Kommissar, mit seinen Bemerkungen zu den einzelnen Theilen des Berichts in der Vorberathung hervorzutreten. Der k. Kommissar schwieg.

Versmann sprach von der Unterdrückung der deutschen Nationalität im Herzogthum Schleswig, und sagte er u. A., es gehe ein Wort durch das Land — ein schweres dunkles Wort: „die Generation im gemischten Distrikte Schleswigs (30,000 Menschen) müsse zu Grunde gehen, dann werde das Volk ein dänisches." Er glaube, das Wort sei nicht gesprochen, sondern nur eine Designation von dem, was man an gewisser Stelle wünsche.

Der Präsident: Der Vice-Präsident habe gewünscht, daß, wenn von Seiten des Königlichen Kommissars etwas zu erinnern sein sollte über die speziellen Theile des Berichts, derselbe damit in der Vorberathung hervortreten möge; das sei nicht geschehen; der Königliche Kommissar habe sich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränkt; die Folgerung müsse Jedem überlassen werden. Nach allgemeinen Grundsätzen müsse man annehmen, daß der Versammlung in der Eröffnungsrede habe mitgetheilt werden sollen, daß es sich darum handle, eine Verständigung über die stattgehabten Differenzen vorzubereiten, und daß der König dazu die Hand biete. Dem sei, wie ihm wolle, er glaube, die Versammlung habe das Ihrige gethan, um den Anträgen der Regierung entgegen zu kommen. Der Ausschuß-Bericht sei eingehend. Wenn nun von der Regierung das Gegentheil behauptet werde, so halte er, als Präsident, es für seine Pflicht (mit lauter Stimme) zu konstatiren, daß die Versammlung eine Verständigung versucht habe, und weil die Stände die Erfahrung gemacht, daß in diplomatischen Noten oft etwas Anderes gesagt werde, als was wahr sei, so müsse er hier konstatiren, daß die Versammlung heute die Hand zum Vertrage angeboten habe.

Wie ein Mann erhob sich die Versammlung zum Zeichen ihrer Beistimmung, worauf der Präsident die Vorberathung, da Niemand weiter das Wort verlangt, für beendet erklärte.

Oesterreich.

Wien, 7. März. Das 5., 12., 14., 32., 33., 39., 46. und 61. Linien-Infanterie-Regiment, dann das 5. Artillerie-Regiment und die Küsten-Artillerie werden auf den Kriegsfuß gesetzt, und haben sich die beurlaubten Mannschaften unverzüglich bei den Ergänzungs-Kommando's zu stellen. — In finanziellen Kreisen spricht man davon, daß die Bank die im Januar aufgenommenen Baarzahlungen für so lange suspendiren werde, bis der Friede gesichert ist.

— Wiener Blättern wird aus Turin, 5. März, telegraphirt: Die Hoffnung auf die französische Unterstützung beginnt zu schwanken, denn es soll der französische Gesandte mit Instruktionen zurückgekommen sein, Piemont zu einer ruhigen Haltung zu bestimmen.

— Der Wiener „Presse" wird aus Turin, 6. März, telegraphirt: Die Erkärung des „Moniteur" hat auf die Kriegspartei einen abkühlenden Eindruck gemacht; an eine Phrase der französischen Note knüpft man jedoch noch allerlei Hoffnungen. Der Andrang der Subskribenten dauert fort, obgleich die Anleihe gedeckt ist. Es treffen fortwährend Flüchtlinge aus allen italienischen Staaten ein.

Italien.

Turin, 9. März. Die heutige „Gazetta Piemontese" sagt, daß, nachdem Oesterreich die Beurlaubten der italienischen Armee einberufen, die piemontesische Regierung ebenfalls die Beurlaubten der Kontingente unter Waffen gerufen hat.

Frankreich.

Paris, 8. März. Der gestrige Maskenball in den Tuilerieen soll überaus glänzend ausgefallen sein, und sollen die Eingeladenen (ungefähr 600) eine selbst in diesen Kreisen ungewöhnliche Pracht der Kostüme entwickelt haben. Der Kaiser hatte das Kostüm eines höheren Offiziers unter Ludwig XV. und die Kaiserin ebenfalls ein Kostüm aus diesem Jahrhundert gewählt, das mit Edelsteinen und Perlen bedeckt war. Nach Mitternacht erschienen zwei von Genien gezogene Wagen mit Damen, in historische Gewänder gehüllt, was sehr lieblich anzusehen war. Im Theater-Saale war eine Kaskade angebracht. Es wurden zwei Soupers servirt, um 2 Uhr nach Mitternacht und um 5 Uhr Morgens. Die Tänze dauerten bis 6 Uhr, und auch der Kaiser blieb bis dahin. Der Herzog von Malakow, der in Paris ist, befand sich ebenfalls unter den Gästen.

— Am vergangenen Sonnabend hat Herr von Walewski einen außerordentlichen Kabinets-Kourier mit Depeschen an den Prinzen de la Tour d'Auvergne nach Turin abgesandt. Unmittelbar nach dessen Eintreffen — am gestrigen Tage — soll Graf Cavour seine Entlassung eingereicht haben, welche von Victor Emanuel, so fügt man hinzu, vorläufig verweigert worden sei.

Provinzielles.

Kolberg, 8. März. Der Beschluß des Schievelbeiner Kreises vom 2. März über den Bau der Chaussee bis zur Fürstenthumer Kreisgrenze, hat die Ausführung der obigen beiden Linien, welche schon vor 4 Jahren von unserem Kreise beschlossen wurde, das letzte Hinderniß hinweggeräumt

Hoffen wir, daß man nun bestrebt sein werde, durch die schnellste Ausführung der beiden Straßen uns einen kleinen Ersatz für die vierjährige Zögerung zu geben.

Der Kreis Schievelbein will das Geld zum Bau durch 5prozentige Kreisobligationen, durch 2 Proz. tilgbar, beschaffen, und beantragt die Staatsprämie mit 10,000 Thlr. pro Meile. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ihm dies Gesuch bei der nur 1½ Meile langen Strecke bewilligt werde, da unserem Kreise eine gleiche Summe in Aussicht gestellt ist. (Z. f. Pomm.)

* **Stolp**, 6. März. Heute Abend gleich nach 9 Uhr brannte bei starkem Winde die dem Bäckermeister Tegge gehörige, vor dem Neuenthore belegene Windmühle ab.

Stettiner Nachrichten.

** **Stettin**, 10. März. Der Stralsunder Zeitung entnehmen wir folgendes Zeugniß glaubensseliger Begriffskonfusion eines Rittergutsbesitzers Herrn v. H.-Str. (v. Henning-Stremlow?):

„Die Noth-Civilehe und ihre Konsequenzen."

Jeder glaubenstreue Pastor, der aus biblischen Gründen die Trauung eines Paares verweigert hat, kann dasselbe ferner nicht mehr als würdig der Mitgliedschaft der christlichen Kirche betrachten, wenn es seine Gewissenlosigkeit und Verachtung gegen die Grundsätze der Kirche bis zur „Noth-Civilehe" steigert, welche nach diesen Grundsätzen nur als „Ehebruch" angesehen werden kann.

Ein solcher „Ehebrecher" wird von der katholischen Kirche exkommunicirt, und es ist daher mit Gewißheit zu erwarten, daß die Diener der evangelischen Kirche ebensoviel Glaubenstreue besitzen werden, als die der katholischen.

Einem solchen „exkommunicirten Paar" wird daher selbstverständlich das heilige Abendmahl, die „Kommunion", verweigert; denn wie kann der Geistliche wohl Ehebrechern die „Absolution" gewähren, so lange dieselben bewußt im ärgsten Widerspruch gegen die Lehren der Kirche verharren?

Die Kinder aus solcher Nothehe kann der Geistliche allenfalls taufen, da ja auch Heidenkinder getauft werden; alle Taufzeugen müssen jedoch der christlichen Kirche angehören, und besonders dazu verpflichtet werden, den Täufling vor dem Heidenthum der Eltern zu bewahren.

Die katholische Kirche hat vielfach die Beerdigung evangelischer Christen auf ihren Kirchhöfen verweigert, oder abgesonderte Plätze an der Kirchhofsmauer angewiesen; wo könnten und dürften nun solche „exkommunicirten Nothcivil-Ehebrecher" ihre Begräbnißplätze finden? Unmöglich zwischen den Kreuzen der andern Christengräber, da sie wissentlich das Kreuz und seine Lehre verachtet haben.

Welcher Art endlich wird die Eidesformel sein, welche solchem, keiner Kirchengemeinde angehörenden „Exkommunizirten" auferlegt wird, und welcher Glaube wird der Betheuerung eines solchen beizumessen sein, der den Glauben so offen verleugnet hat? —

Kurz, die „Noth-Civilehe" ist nichts als eine moderne Konzession an den Ehebruch, der dadurch gesetzlich sanktionirt wird, und wer es treu mit unsrer christlichen Kirche und ihren Lehren meint, kann nur von Herzen in den Nothschrei mit einstimmen

„Bewahr' uns, lieber Herre Gott,
Vor Sünden und Civileh'-Noth!"

* In Stralsund fand gestern die Neuwahl statt für Herrn v. Usedom, der seiner Ernennung zum Bundestags-Gesandten halber das Mandat hatte niederlegen müssen. Kandidaten waren Herr von Usedom und der Landrath a. D. v. d. Lancken. Da Beide eine gleiche Stimmenzahl erhielten, mußte das Loos gezogen werden. Es entschied für Herrn v. d. Lancken.

** Heute Vormittag entstand in einem Keller, einer Tischler-Werkstatt, auf dem sog. Mielentz'schen Hofe (Rosengarten) Feuer, welches aber glücklicherweise alsbald wieder gelöscht wurde.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 10. März. Der „Constitutionnel" enthält eine ausführliche Darlegung des österreichischen Armeebestandes in Italien; er schätzt die Truppenmassen daselbst, einschließlich der eingezogenen Beurlaubten, auf 117,210 Mann. Er sagt: Die österreichische Armee nimmt wahrscheinlich eine Stellung ein, um nöthigenfalls die Offensive ergreifen zu können; die neuesten Dispositionen nähern die Streitkräfte den Grenzen um einige Tagemärsche. Die schwere Artillerie ist in Verona und Mailand vereinigt. Diese Vereinigung setze die Zusammenziehung eines Belagerungsparks in Pavia voraus, welches nur die Belagerung fester Plätze Piemont's bezwecken könne.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. März Witterung: Schneeluft. Temperatur + 2° Wind NW., stürmisch.

Weizen unverändert, loco eine Ladung geringe schles. 51 Rt. pr. 85pfd. bez., pr. Frühjahr 83.85pfd. 58½, ¾, ⅝, ¾ Rt. bez, 59 Rt. Br., 58¾ Rt. Gd, pr. Juli-August 83.85pfd. 61¾ Rt. bez.

Roggen behauptet, loco pr. 77pfd. 42½, 43, 44 Rt. nach Qual. bez., pr. Frühjahr 41¾, 42 Rt. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 42½ Rt. Br., pr. Juni-Juli 43½ Rt. Br., 43¼ Rt. Gd., pr. Juli-August 44 Rt. bez.

Gerste pr Frühj. 69.70pfd. gr. pomm. 36½ Rt. bez.

Hafer pr. Frühj. 47.50pfd. excl. poln. und preuß. 30½ Rt. Br., 30 Gd.

Rüböl fester, loco 14¼ Rt. bez., pr. April-Mai 13¾ Rt. bez., 14 Br, 13⅝ Gd., pr. Septbr.-Oktober 13 a 13¼ Rt. bez. und Gd., 13⅛ Br.

Leinöl loco incl. Faß 12⅙ a 12⅓ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 18⅞ % bez., pr. Frühjahr 18¾ % bez. u. Gd., 18⅝ Br., pr. Mai-Juni 18½ % Gd., pr. Juni-Juli 17⅞ % Br., 18 Gd., pr. Juli-August 17½ % Gd., 17⅜ Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 10. März, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Prämien-Anleihe 3½ pCt. 114½ bez. Berlin-Stettiner 105¾ Gd. Stargard-Posener 83 Br. Köln-Mindener 134¾ Gd. Diskonto-Kommandit-Antheile 98 bez Französ.-Oesterr. St.-E.-A. — — — Hamburg 2 Mt. 151 bez. London 3 Mt. 6 20 bez.

Roggen pr. März 43¾ bez., 44 Gd., pr. Frühj. 44 bez., 43¾ Gd., pr. Mai-Juni 43⅞, 44¼ bez.

Rüböl loco 14½ bez., pr. März 14¼ bez. u. G., pr. April-Mai 14⅛, ½ bez., pr. September-Oktober 13¼ bez.

Spiritus loco 19 19/24 bez., pr. März-April 19¾ bez. u. Br., pr. April-Mai 20 Br., 19⅞ bez, pr. Mai-Juni 20⅜ Br., 20¼ bez.

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien	3	338,21'''	337,84'''	337,06'''
auf 0° reduzirt.	4	336,29'''	336,18'''	335,62'''
Thermometer nach Réaumur.	3	+ 1,3°	+ 5,6°	+ 4,8°
	4	+ 5,2°	+ 7,4°	+ 5,6°

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin.
Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.